

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at

Nr. 4, Dez. 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

EU-Vertrag:

Am Volk vorbei und gegen die Neutralität!

Im Oktober haben die EU-Granden den "EU-Reformvertrag" beschlossen. Im Dezember soll er unterschrieben, dann in den einzelnen EU-Staaten abgesegnet werden. Gefahr ist im Verzug. Militärische und atomare Aufrüstung gehen einher mit immer massiverem Sozial- und Demokratieabbau.

Weil die EU-Verfassung 2005 auf breite Ablehnung und auf ein NEIN bei den befragten Holländern und Franzosen stieß, wurde nun dafür bloß ein neuer Titel gefunden: EU-Vertrag. Der Inhalt bleibt selbst nach Aussagen von Außenministerin Plassnik zu 95 % gleich. Das heißt, die Kriegsteilnahme an der EU-Armee ist vorprogrammiert. Ebenso, dass das atomfreie Österreich dem Weiterbestehen des EURATOM-Vertrages zustimmen soll, der in Bausch und Bogen in den EU-"Reformvertrag" übernommen wird. Gleichzeitig gibt es nur Lippenbekenntnisse was die soziale Lage der Menschen angeht, die immer schlechter wird; gerade durch die Liberalisierungs- und Globalisierungspolitik der EU, die diese in Konkurrenz zu den USA und Asien betreibt. Militärische und atomare Aufrüstung gehen einher mit der immer schnelleren und stärkeren Verschlechterung der sozialen Bedingungen und dem Abbau demokratischer Rechte und Aufbau eines Überwachungsstaates. Deshalb soll es auch keine Volksabstimmung darüber geben. Schon 2005 waren nach offiziellen Umfragen 80% der ÖsterreicherInnen gegen die EU-Verfassung und für die Beibehaltung der Neutralität. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert.



Während die Regierungsparteien den EU-Willen gegen die Bevölkerung durchdrücken wollen und das Volk fürchten, Bundespräsident, Nationalratspräsidentin und auch die Grünen nicht das Volk entscheiden lassen wollen, gehen Kronenzeitung nur auf Leserschaft, FPÖ, BZÖ und Hans Peter Martin nur auf Wählerfang. Was von den Kronenzeitungs- und FP-"Volksinitiativen" zu halten ist, zeigt die Vergangenheit deutlich: Da wurde gegen Mochovce begehrt, da wurde gegen Temelin getrommelt und Unterschriften gesammelt - aber geschehen ist dann gar nichts.

Auch jetzt posaunt die Kronenzeitung zwar weiter gegen die EU und die österreichischen Politiker, die keine Volksabstimmung durchführen wollen, druckt Passagen des EU-Vertrages ab, um gleichzeitig die Parole auszugeben, jetzt kann man nix mehr machen, aber bei den nächsten Wahlen könne es man denen zeigen (siehe Kronenzeitung 4. 11. 07). Dazu wird Hans Peter Martin mit Hilfe einer eigenen Krone-Kolumne für

die EU-Wahl 2009 und FPÖ-Strache mit entsprechenden Inseraten für die Nationalratswahl 2010 in Stellung gebracht.

So sollen solche "Oppositions"-Parteien und die Medien nur den Unwillen gegen die gerade regierenden Parteien schüren und ausnützen und auf ungefährliche nächste Wahlen umlenken, wo man bekanntlich nichts wirklich entscheiden kann. Wir sollen zwar (noch) wählen dürfen wen wir wollen, aber die Gewählten machen dann was sie wollen. Und da ist ja eine Partei wie die andere: wenn sie einmal oben ist, gehorcht sie nur den Einflüsterungen der Wirtschaft.

Gegen die Militärs, Konzernbosse und Atomprofiteure stellen sich die Regierungsparteien sowieso nicht und auch nicht die so genannten „Oppositions“-Parteien oder Zeitungen und Fernsehen, sind sie doch allesamt, einer wie der andere, Teil des Establishments und somit genauso fern dem Volk. Dagegen hilft nur gemeinsamer und solidarischer Widerstand von unten.

Wie groß der Protest ist - und von dem bei uns nichts berichtet wird - zeigt allein der Umstand, dass beim EU-"Reformvertrags"-Gipfel im Oktober in Lissabon 200.000 Menschen demonstrierten. Und die ÖsterreicherInnen lehnen mehrheitlich den EU-Vertrag ab und wollen zu 80% die Neutralität beibehalten. Aus gutem Grund: Schon zweimal in den letzten 100 Jahren wurden ÖsterreicherInnen für Großmachtinteressen in den Krieg gezwungen. Die Neutralität nach dem 2. Weltkrieg war die Lehre daraus. Jetzt soll diese immer mehr und immer schneller ausgehöhlt, de facto abgeschafft werden, z.B. durch die im EU-Vertrag für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgesehene Aufrüstungsverpflichtung und die militärische Beistandspflicht.

Der Eurofighter-Ankauf trotz gegenteiliger Wahlversprechen oder der zunehmende Einsatz österreichischer Soldaten im Ausland wie in Ex-Jugoslawien oder jetzt im Tschad hat nichts mit „humanitären Einsätzen“ zu tun, sondern mit Mitmachen in kriegerischen Konflikten: 160 Soldaten des Bundesheeres, darunter auch solche des Jagdkommandos, der „Eliteeinheit“ des Bundesheeres mit dem Motto „Niemals zurück“, hat der „Zivildienstler“ Darabos dafür als „Verteidigungsminister“ abgestellt.

Noch 2004 hat der ÖGB gemeint: „Wir brauchen einen EU-Vertrag, der über die ökonomische Dimension hinausgeht und die EU zu einer Sozial- und Beschäftigungsunion weiterentwickelt. Die immerwährende Neutralität muss auch in der EU-Verfassung gesichert sein ... im Hinblick auf die Neutralität fordert der ÖGB eine formelle Erklärung Österreichs, an keinen Militäraktionen teilzunehmen. Weiters fordert der ÖGB eine

Volksabstimmung über die EU-Verfassung“.

Schon 2005 wollte der ÖGB von seiner Forderung nichts mehr wissen und heute hält er – treu und mehr denn je nach dem Motto „der Sozialpartnerschaft verpflichtet“ – vollkommen still, obwohl der EU-Vertrag zu 95 % der EU-„Verfassung“ von 2005 entspricht. Warum? Weil der ÖGB lieber mit der Wirtschaft gemeinsame Sache macht, als sich für die Interessen seiner Mitglieder einzusetzen – siehe: Zwentendorf, EU-Beitritt, Bawag-Verkauf, jüngste Verschlechterungen bei der Arbeitszeitregelung oder bei den Zumutbarkeitsbestimmungen im Falle von Arbeitslosigkeit usw.

Wir „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ sehen im EU-„Reformvertrag“, der nur die alte EU-Verfassung mit neuem Titel ist, die Gefahr, dass Österreich noch mehr als bisher in die Kriegsvorbereitungen der Großmächte hineingezogen und unsere Neutralität abgeschafft wird. Deshalb sollen die wahren Absichten der EU mit diesem Vertrag jedenfalls verschwiegen und beschönigt werden und ja nicht der Bevölkerung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Wir sind uns bewusst: eine Volksabstimmung ist kein Allheilmittel. Sie ist in der Regel bei uns ein Instrument der Herrschenden: Sie kann derzeit nur von der Regierung oder einer Parteienmehrheit im Parlament eingeleitet werden und Wirtschaft, Lobbys Interessenverbände und Medien können ein Trommelfeuer auf die Menschen herab prasseln lassen, weil ihnen die veröffentlichte Meinung gehört. Bei Zwentendorf haben die Herrschenden geglaubt, mit der Volksabstimmung als Flucht nach vorne und der Macht ihrer Medien der Bevölkerung ein „Ja“ abzurufen. Bekanntlich ging dies für die Atomlobby schief aus. Bei der EU-„Volksabstimmung“ 1994 haben die Herrschenden aus Zwentendorf gelernt. Sie haben noch mehr gelogen (Neutralität, Schilling, Pensionen, Soziales usw. bleiben erhalten und seien – so wurde sogar getrommelt – gefährdet, wenn wir nicht in die EU gehen) und die Medien in einer bis dahin noch nie in der 2. Republik dagewesenen Art und Weise gleichgeschaltet. Und das damals mit Angst- und Schreckensmache der Bevölkerung abgepresste „Ja zum EU-Beitritt“ wird heute dazu verwendet – und soll offensichtlich bis in alle Ewigkeit dafür herhalten, dass weitere Verschlechterungen und Gefahren für die Menschen, wie es der EU-„Reformvertrag“ ist, und Kritik daran damit abgeschmettert wird, dass die Bevölkerung ja eh schon zugestimmt hätte.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist für die Erhaltung und den Ausbau der Neutralität Österreichs. Zu Recht! Damit hat Österreich die Lehre aus den Weltkriegen gezogen: Nie wieder

für fremde Großmachtinteressen in den Krieg geschickt werden! Wer die Neutralität direkt oder indirekt über EU-„Beistandspflicht“ (EU-Vertrag, Aufrüstungsverpflichtung, Euro-Armee) oder NATO-Anbindung im Namen der „Friedenssicherung“ abschaffen will, hintergeht die Bevölkerung und betreibt Landesverrat. Die

Erhaltung und Verteidigung der Neutralität sowie die Kooperation Österreichs mit anderen Neutralen ist der beste Beitrag zum Frieden in Europa.

NEIN zum EU-Vertrag – JA zur Neutralität!

ERSTE – Geld für AKW Mochovce

Warum heißt die ERSTE Bank wohl so wie sie heißt? Sie möchte beim Profitmachen ganz vorne mit dabei sein. Zum Beispiel in Osteuropa. Zum Beispiel bei Atom.

Die ERSTE-Bankführung gibt sich in letzter Zeit „sozial“ und „nachhaltig“, gründete etwa die „ZWEITE Sparkasse“, für Menschen, die bislang keinen Anspruch auf ein Konto hatten. So weit so gut!

Gleichzeitig steigt die ERSTE groß ins Atomgeschäft im Osten ein. In einem Konsortium mit acht Banken vergibt die ERSTE Bank über ihre 100%-Tochter „Slovenska Sporitelna AS“ einen 800 Millionen Euro-Kredit für die Fertigstellung des nur 150 km von Wien entfernten AKW Mochovce. Durchgeführt werden soll der Ausbau vom italienischen Stromkonzern ENEL. In der Slowakei selbst wird der Strom nicht

gebraucht - die Slowakei zählt schon jetzt zu den Stromexporteuren! Während die italienische Bevölkerung vor 20 Jahren das Atomrisiko stoppte, baut der italienische Atomkonzern das atomare Risiko in die Slowakei aus! Und Österreich liefert dazu die 380 kV-Leitungen für den Atomstromtransit, obwohl hierzulande schon vor 30 Jahren die Bevölkerung die Atomkraft ablehnte und heute mehr denn je ablehnt. So schaut die „Nachhaltigkeit“ der Bosse allerorts aus: ERSTENS durch Profitorientierung einerseits an der Atomindustrie verdienen, die weltweit die Menschen um Einkommen, Gesundheit und Leben bringt, ZWEITENS dann vorzugeben, für die Opfer der Profitpolitik etwas zu tun, in Wirklichkeit sogar von den Ärmsten der Ärmsten etwas kassieren.

Das ist nicht einmal mehr Doppelmoral, sondern Profitmoral!

(Quellen: Presse, Glocalist)

Gefährliches Spiel mit verteilten Rollen

Die EU tritt ausdrücklich für die Atomenergie ein! Klimaschutz und „Energie-Partnerschaft“ der Vorwand! Die Industrie jubelt! So auch in den USA!

Bei einer Konferenz in Madrid Mitte November hat Wettbewerbskommissarin Kroes erklärt, sie sei "vollständig für Atomenergie", Energiekommissar Piebalgs verlangte nach "Mut, das Thema zu diskutieren" und Kommissionspräsident Barroso sagte, die EU könne die "nukleare Option" nicht ignorieren, wenn sie ihre Klimapflichten erfüllen wolle. Zwar müsse die Energiesouveränität der Mitgliedstaaten respektiert werden, so Barroso, aber die EU könne in Fragen der Atomforschung und der Sicherheit ihren Beitrag leisten. Weiters strebt die EU in ihrem Energie-Aktionsplan für Afrika eine nukleare Kooperation im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an. In den USA

frohlockt wiederum die Atomlobby, allen voran General-Electric, dass es nach 30 Jahren Durststrecke durch die Klimadebatte wieder Aufwind für die Atomindustrie gibt. Aber damit das Atomgeschäft richtig geschmiert anläuft, hat die US-Regierung den Atomkonzernen 125 Millionen Dollar an Förderung versprochen, wenn sie bis Ende 2008 eine Betriebsbewilligung in der Tasche haben. Also wieder einmal: staatlich geförderte Privatwirtschaft. Welch ein Hohn! Selbst die Weltbank lehnt schon die Finanzierung von Atomenergieprojekten wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit ab. Da haben wir es klipp und klar: Schlagworte wie „Sicherheit“, „Forschung“, „Klimaschutz“, „Entwicklungszusammenarbeit“ verschleiern nur, dass AKW wieder forciert und die Atomlobby und -Industrie mit öffentlichen Geldern gefördert werden sollen. Ungenierter war

das schon die Atomindustrie selbst in ihrer Reaktion darauf: sie zeigte sich offen erfreut, machte aus den Aussagen der obgenannten sogleich eine "Renaissance der Atomenergie" und verlangte: „die Öffentliche Meinung müsse sich nun ändern“. So arbeiten sich Wirtschaft und Politik zum Schaden der Menschen in die Hände. Zuerst lobbyiert die Industrie bei der Politik.

Darauf basierend trifft die Politik ihre Pro-Atom-Aussage, die dann von der Wirtschaft postwendend als „Argument“ genommen und anschließend der Öffentlichkeit, also uns Normalsterblichen, als unumstößliches Muss erklärt wird. Schöne „Demokratie“!
(Quellen: Presse, 19.10.07; Wiener Zeitung, 7.11.07; The Times, 19.11.07)

Doppelter Klimawandel

Der sich gerne leutselig gebende Umweltminister Pröll hat sein wahres Gesicht gezeigt. Kam er in den vergangenen Monaten schon unter Druck, weil immer sichtbar wurde, was seit Jahrzehnten betrieben wird: Landwirtschafts-, vor allem Großbauernförderung, im Namen des Umweltschutzes. Dann kam immer mehr heraus, dass der vielgerühmte „Biodiesel“ viel umweltschädigender ist und mehr CO₂ erzeugt als er einspart (Erzeugung, Import) und ebenfalls nur eine Agrarförderung im Ökogewand ist. Und jetzt, als der Vorsitzende des Österreichischen Klimafonds, Prof. Schleicher, vorrechnete, dass Österreich sein Klimaziel bis 2012 auf Basis von 1990 um 31 Prozent verfehlt und daher in Zukunft dafür 2,5 Milliarden Euro an Strafzahlungen (Kauf

von Emissionszertifikaten) drohen, schimpfte Pröll wie ein Rohspatz und ließ dem Professor ausrichten, dass er statt solche Zahlen zu verbreiten, doch lieber etwas gegen den Klimawandel unternehmen solle. Schluck! Wozu gibt es denn den Umweltminister, der ja alle Agenden hat, dessen Parteifreunde das Wirtschafts- und Finanzministerium und er, Pröll, selbst ja das Landwirtschaftsressort führt? Keine Frage, das Klima hat sich gewandelt. Doch für den Klimaschutz geschieht nichts, werden die wahren Verursacher, die Industrie und der Verkehr, vor allem die Transportlobbys, nicht angetastet.

(Quellen: Kurier, Standard, Presse, ORF)

Atommüll Droht der Super-GAU?

Bekanntlich haben die in Österreich vorgesehenen 16 „Atommülllager“-Gemeinden gemeinsam mit den österreichischen Atomgegnern unter der Atommüllgegner-Plattform BIGA Anfang der 1990er Jahre vorerst die Atommülllagerung in Österreich verhindert. Diese hätte vorgesehen, dass in einem österreichischen Atommülllager auch EU-Atommüll zu lagern sei. Als „Ausweg“ hat die österreichische Atommülllobby das exterritoriale IAEA-Gebiet in Seibersdorf als „Zwischenlager“ bis 2012 genommen. In ein paar Jahren ist daher auch bei uns wieder eine erneute Atommüll-„Debatte“ zu befürchten.

Da ist es schon interessant, was sich gerade in Deutschland, im Atommülllager Asse bei Braunschweig, abspielt. Dort bahnt sich der größte anzunehmende Unfall (GAU) der Lagerung

von Atommüll an: Das Absaufen des Lagers mit anschließender Freisetzung radioaktiver Stoffe. Von 1967 bis 1978 ist in der Asse II bei Wolfenbüttel, knapp 20 Kilometer südöstlich von Braunschweig, nahezu der gesamte bis dahin angefallene schwach- und mittelradioaktive Atommüll Deutschlands "zu Forschungszwecken" vergraben worden. Heute befinden sich über 120.000

Gebinde Atommüll, darunter 102 Tonnen Uran, 87 Tonnen Thorium und 11,6 Kilo Plutonium in der Asse - Stoffe, die zu den giftigsten auf der ganzen Welt gehören und die zum Teil eine Halbwertszeit von bis zu einer Million Jahre haben. Seit 1988 strömen täglich ca. 12.000 Liter Wasser in den Salzstock. Weil nun laut einem bis heute geheim gehaltenen Gutachten die Sicherheit des Atommülllagers nur noch bis 2014 garantiert

werden könne, will der Betreiber der Asse, das GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit (GSF), das endgültige Absaufen des Atommülls ausgerechnet mit einer Flutung "kontrollieren". So soll der Salzstock stabilisiert und die Freisetzung der Radioaktivität verzögert werden. In diesem Konzept geht auch der Betreiber davon aus, dass es zu einer Freisetzung der radioaktiven Stoffe kommen wird. "Mit einem für Jahrtausende sicheren Einschluss der gefährlichen radioaktiven Abfälle hat diese Flickschusterei nichts mehr zu tun", sagt Thomas Erbe von der deutschen Umweltorganisation „RobinWood“.

Dieses Vorgehen der GSF schafft außerdem unumkehrbare Tatsachen: "Eine spätere Rückholung des Atommülls ist nach einer Flutung nicht mehr möglich, auch wenn sich herausstellen sollte, dass dies für Umwelt und Bevölkerung die sicherste Methode wäre. Der Verdacht liegt nahe, dass die GSF mit der Behauptung, dass für eine Rückholung der atomaren Abfälle keine Zeit mehr bleibt, nicht nur erhebliche Mehrkosten verhindern will, sondern gleichzeitig auch das Eingeständnis, dass die Endlagerung atomarer Abfälle gescheitert ist. so „RobinWood“ (Quelle:RobinWood,Deutschland)

Krieg ist ein gutes Geschäft!

Die Politik der USA bedroht die ganze Welt!

Die sogenannte Terrorbekämpfung der USA im Ausland und Inland ist sehr profitabel!

Das reichste Land der Welt, die USA, ist so stark wie nie bei anderen Ländern verschuldet. Die Regierung Bush schuf das größte Defizit in der Geschichte der USA. Sie senkte die Steuern für die Reichen, animierte den kleinen Mann zum Schuldenmachen. Bush erklärte zuletzt, dass es die patriotische Pflicht der privaten Haushalte sei, Geld auszugeben, um „Vertrauen in Amerika zu zeigen“.

Die immer stärkere Umverteilung von den Armen zu den Reichen wird durch diverse Krisen noch verstärkt. Gerade in den letzten Jahren haben durch ungeheuerere Spekulationen des US-Finanzkapitals z.B. 10 000de Menschen ihre Rentenersparnisse verloren, nun zuletzt durch Spekulationen sog. Hedge-Fonds 100 000 de US- Häuselbauer ihre Häuser verloren und sind völlig verarmt, während sich Superreiche dadurch noch weiter bereicherten.

Die US - Regierung steigerte gleichzeitig die ohnehin schon gigantischen Rüstungs- und Militärausgaben. Die USA braucht diese Milliarden Dollar Aufrüstung für ihre Stützpunkte und Kriege auf allen Kontinenten, für die Weltraummilitarisierung, letztlich für ihre immer aggressiveren Weltherrschaftspläne zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Die USA sind schon zu über 50% bei ausländischen Zentralbanken verschuldet, insgesamt betragen die US - Auslandsschulden schon 2005 über 6000 Milliarden Dollar.

Die USA sind vor allem bei Japan, China, Deutschland, Indien, Brasilien gigantisch verschuldet. Die gesamte Welt außer den USA

erarbeiten zwischen 70% und 75% des Welt-Sozialprodukts, die USA ca. 25% bis 30%. Die USA können sich ihre Schuldenpolitik deswegen leisten, weil sie auf ihre militärische Stärke setzten. Mit ihrer imperialen Außenpolitik erobern sie immer neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, zuletzt den Irak und Einflussphären (Afghanistan). Die USA sind zwar gegenüber der EU wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten, aber gerade deswegen brauchen sie mehr denn je Rüstung und Krieg. So ermöglichen sie ihren Konzernen weiter und ansteigend ungeheuerere Profite, auf Kosten von Millionen von Toten.

Ihre kriegerische Machtpolitik versuchen sie aber ihrer Bevölkerung und allen Menschen als sog. „Selbstverteidigungsaktionen“, als „Krieg gegen den Terror“, als „Sicherheitspolitik“ zu verkaufen, um so leichter Soldaten für ihre Feldzüge zu bekommen und Steuermilliarden für ihre Herrschaftspläne zu erhalten.

Der Krieg und die Besetzung des Iraks ist ein anschauliches Beispiel für die tödliche US- Politik zu Gunsten der Milliarden Profite ihrer Konzerne: Von den 25 größten Rüstungskonzernen sind 15 US-amerikanische. Die 3 größten stammen ebenfalls aus den USA, Boeing (Umsatz 2006 28 Milliarden Dollar), Northrop Grumman (27 Milliarden Dollar), und Lockheed Martin (26 Milliarden Dollar). Ihre Umsätze sind ebenso wie der US – Erdölkonzerne seit dem Irak – Krieg massiv gestiegen!

War der Irak früher samt Sadam Hussein für die USA ein „guter“ Staat“, wurde er dann zum Schurkenstaat erklärt und die USA, selbst der aggressivste Schurkenstaat der Welt, gab sich

das Recht, den Irak zu überfallen und zu zerstören.

Warum sind die USA in den Irak einmarschiert?

Alle Argumente - Massenvernichtungswaffen, Terrorismusbekämpfung - haben sich längst als Vorwand entlarvt. Selbst der CIA gab an, dass es keine Hinweise dafür gegeben habe.

Warum also der Einmarsch?

1) Es war die große strategische, geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung des Iraks, des Staates, mit den drittgrößten Erdölvorräten der Welt, für die Herrschaftspläne der USA. Sie beziehen zwar nur 14% ihres Erdöls aus dem Nahen Osten. Sie sind nicht abhängig vom dortigen Öl. Doch sie wollen den Markt in der Region kontrollieren, u.a. den Erdölfluss, im Irak ebenso wie in den anderen Erdöl exportierenden arabischen Ländern, nicht zuletzt auch weil wichtige Konkurrenten der USA am Weltmarkt, wie die EU- Staaten, China, Indien, von dort einen großen Teil ihres Erdöls beziehen.

2) Es war gleichzeitig eine Demonstration der US-Macht, ein Signal an alle Staaten, dass sich die USA das Recht nehmen, jeden Staat, der potentiell ihre Interessen beeinträchtigen könnte, allen Mitteln zu bedrohen.

US-Krieg und Besatzung hat nicht die Demokratie nach Irak gebracht, sondern

Hunger, Krieg und Tote. Doch für die großen US-Konzerne war und ist der Irak –Krieg samt Folgekosten das größte Geschäft und nur das zählt. Deswegen kommt es auch zu keinem US-Abzug. Im Gegenteil! Die USA geben selber an, zumindest bis 2013 im Irak zu bleiben. Nicht nur die Republikanische Partei unter US-Präsident G.W.Bush, sondern ebenso die demokratischen Präsidentschaftskandidaten halten am Verbleib der US-Truppen im Irak fest.

50 Billionen Dollar zusätzlich wurden gerade für die US-Truppen im Irak bewilligt.

Es gab nicht nur keine Truppenreduktion sondern es sind nun mehr US-Besatzungstruppen im Irak als je zu vor. 170 000 US-Soldaten plus 180 000 Angehörige privater Armeen, die mit den USA Verträge haben, sind derzeit im Irak. Von den 180 000 Privatsoldaten sind $\frac{1}{4}$ Militärs, die anderen $\frac{3}{4}$ logistisches Personal etc. Es kommt zu einer zunehmenden „Privatisierung des Krieges“.

Die „Misserfolge“ bzw. „Niederlagen“ im Irak machen die USA in der Region um nichts weniger gefährlich. Eine Ausweitung des Krieges auf Syrien und vor allem auf den Iran ist wahrscheinlich. Die Bombardierung des Irans, unter denselben erlogenen Vorwänden wie im Irak, wird von Bush und Co angestrebt und vorbereitet. Ja sogar „Miniatombomben“ (mini nukes) wollen die USA im Iran testen!

Es gibt Parallelen zu Vietnam. Auch in Vietnam war die USA in der Defensive und hat daraufhin den Krieg auf Laos und Kambodscha ausgeweitet.

Diese US – Politik bringt uns dem dritten Weltkrieg näher!

Im Irak bedeutet diese Politik: Keine Befreiung sondern die Zerstörung des Landes, weiters 2 Millionen Flüchtlinge im Land und 2 Millionen Flüchtlinge im Ausland ! Seit der US-Invasion gab es, nach westlichen Quellen (US-Magazin Lancet), mindestens 650 000 Tote. (Stand 2006). Die Mehrheit der Bevölkerung hat weder elektrischen Strom noch Trinkwasser. Die medizinische Versorgung, früher die beste im Nahen Osten, funktioniert nicht mehr.

Die Lage im Land wird jedes halbe Jahr schlechter, immer instabiler. Die USA bewaffnen die Schiitischen Milizen und die Sunnitischen Milizen. Sie hetzen bewusst beide Parteien gegeneinander. Teile und herrsche, das wussten schon die alten Römer.

Ein blutiges Geschäft!

Die Herrschaftspolitik der USA auf allen Kontinenten geht im Land selbst schon länger mit einer immer weitergehenden Privatisierung von bis dahin unter öffentlicher Kontrolle stehender Bereiche einher! Die Entwicklung geht, soweit und solange das für das Kapital günstig ist, dahin, dass der Staat viele Bereiche an den privaten Sektor delegiert.

Schon durch die Regierungen vor G.W. Bush, in den 70 er und 80 er Jahren, wurden die großen Staatsunternehmen in vielen Sektoren, von der Wasser- und Stromversorgung bis hin zu Betrieb von Autobahnen und zur Müllabfuhr bereits an Private verkauft oder ausgelagert.

Da diese Privatisierungswelle für die US – Privatwirtschaft sehr profitabel war, drängten viele Unternehmen darauf, dass auch Kernfunktionen des Staates wie Militär, Polizei, Feuerwehr, Gefängnisse, Grenzsicherung, Seuchenbekämpfung, das öffentliche Schulsystem und die staatliche Verwaltung, privatisiert werden sollten. Unter der Regierung G.W. Bush vollzieht sich nun genau eine Entwicklung in diese Richtung! Verteidigungsminister Rumsfeld übertrug z.B. einen großen Teil der Aufgaben rund um die Armee an private Sicherheitsfirmen wie Blackwater und Halliburton. So geschah und geschieht es sowohl im Inland als auch schon im Jugoslawienkrieg und heute im Irak.

Schon unter Clinton erhielt z.B. der Konzern Halliburton einen kostenmäßig unbeschränkten Auftrag für die Errichtung und den Betrieb der gesamten Infrastruktur der Auslandseinsätze des amerikanischen Militärs. Alle Kosten und riesiger Profit waren garantiert.

Die bekannte US-Autorin Naomi Klein schreibt in ihrem neuen Buch (Die Schockstrategie) sogar von der „Schaffung eines privatisierten Polizeistaates“ in den USA. Die Autorin schreibt auch, es gehe darum, „die eigentliche Infrastruktur

zur Erzeugung von Katastrophen und zum Umgang mit deren Folgen privatisieren“. D.h., hier sagt N. Klein etwas verklausuliert, dass Katastrophen (also auch Umstürze bzw. Kriege) von den US - Mächtigen um der Privatprofite der großen Konzerne willen herbeigeführt werden.

Vor allem nach dem 11. 9. 2001 wurde unter dem Vorwand „Terrorbekämpfung“, im Inland wie im Ausland, alle Sicherheitsbereiche plus z.B. Katastrophenschutz soweit möglich und profitabel, privaten Unternehmen übertragen. Auch „Jobs“, die bisher den Militärs vorbehalten waren, wurden an private Firmen für Söldnertruppen vergeben.

Nach dem 11.9. 2001 und mit ihm als Vorwand gaben sich ja die USA, nach ihrer neuen Sicherheitsdoktrin, das Recht, jeden Staat, der möglicherweise in Zukunft die Interessen der USA militärisch oder auch wirtschaftlich bedroht, das heißt ein Konkurrent für die Profite

der USA werden könnte, auch vorweg anzugreifen, mit Präventiv-Krieg zu überziehen, zu besetzen, ja ihn sogar mit Atombomben zu zerstören. Die Regierung Bush hat schon erklärt, dass sie keinem Land der Welt erlauben werde, ihre Vorherrschaft auch nur in Frage zu stellen. Die US- Regierung stationiert schon rund um Russland ihre Waffensysteme, inklusive Atomraketen. Sie rüstet gerade Indien mit Atomwaffen auf, um China zu bedrohen.

Als Hauptvorwand dient den USA der sog. permanente „Krieg gegen den Terror“, insbesondere der „Krieg“ gegen den „islamistischen Fundamentalismus“.

Die unter der Bevölkerung systematisch geschürte Angst wird dazu missbraucht, um die Macht der Polizei, der Geheimdienste, des gesamten Überwachungsapparates auszubauen.

Militärisch ist der sog. „Krieg gegen den Terror“ für die USA zwar nicht zu gewinnen, ja sie schürt ja direkt den Widerstand dagegen.

Doch um das geht es ja auch gar nicht. Denn aus ökonomischer Sicht ist der Krieg gegen den Terror ein festes, ungeheuer profitables Element der US-Wirtschaft, ein riesiges Geschäft, das gar nicht enden soll, nicht enden darf.

Unter Bush werden z.B. derzeit 270 Milliarden Dollar jährlich aus Steuergeldern unter dem Titel „Sicherheit“ als lukrative Aufträge an private Firmen vergeben. Es hat sich ein riesiger Markt für die sogenannte „Terrorismusbekämpfung“ entwickelt. Überwachungssysteme sind ein Beispiel dafür. „Terrorismusbekämpfung“ im Ausland ist ja überhaupt eine Hauptlegitimation für die gesamte Aufrüstung des US- Militärs, für ihre Stützpunkte, für ihre Präsenz auf allen Kontinenten, in allen Weltmeeren.

Der Aufbau eines Feindbildes zur Rechtfertigung der immer weiteren Erhöhung der sog. Verteidigungsausgaben, besser genannt „Angriffsausgaben“, geht ein her mit der Förderung eines aggressiven Nationalismus, einer immer weiteren Überwachung der Menschen, weiteren Einschränkungen der demokratischen Rechte in der als auch so „frei“ geltenden USA.

Die USA sind als die einzige Supermacht, der gefährlichste und aggressivste Staatsterrorist der Welt. Sie sind die größte Bedrohung für den Frieden.

In der EU, wo die US Politik bei den Völkern nicht populär ist, soll uns ebenfalls der sog.

„Krieg gegen Terror“ schmackhaft gemacht werden.

Die Menschen in Europa werden durch die US-Politik, durch die Erhöhung des Erdölpreises, und erst recht durch die EU -Militarisierung, (Euro-Fighter statt Sozialausgaben), immer mehr zur Kasse gebeten.

Die EU- Großmächte rüsten in Konkurrenz zur USA ebenfalls massiv auf.

Europäische Rüstungskonzerne mischen schon gehörig mit. Die Geschäfte der Konzerne blühen: BAE Systems(Großbritannien mit 23 Milliarden Umsatz 2006) ist schon der viertgrößte Rüstungskonzern der Welt, Finmeccanica(Italien mit knapp 10 Milliarden) der 7.größte und EADS (deutsch/französisch/italienisch mit 9,5 Milliarden Umsatz), der 8. größte Rüstungskonzern der Welt. Am 14. Mai 2007 einigten sich die EU - Verteidigungsminister auf eine Strategie zu einer weiteren Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie. Auch Österreich unterzeichnete das Programm für „ militärische Sicherheitsforschung.“ Auch die Kosten für das Satellitennavigationssystem „Gallileo“, 4 Milliarden €, die ursprünglich private Investoren aufbringen sollten, werden nun von den EU – Staaten, d.h. von uns direkt getragen.

Die neue offensive Euroarmee soll, vorerst in Form der EU – Schlachttruppen, die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der europäischen Großmächte gegen die USA vertreten. Im Nahen Osten, Zentralasien und Afrika sollen dafür nun auch Österreicher kämpfen und sterben gehen. Das aktuellste Beispiel: Österreichs Soldaten werden in Kriegsgebiete in den Tschad geschickt!

Wir dürfen nicht zulassen, dass wir wegen der Profite der großen Konzerne in immer weitere, immer gefährliche Kriege gezogen werden!

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Welt in Flammenaufgeht!

Sind die Krankenkassen pleite?

Seit einigen Wochen wird schon wieder getrommelt: Wir können uns die Gesundheit nicht mehr leisten. Die Krankenkassen sind pleite.

Zumindest schon in den letzten 10 Jahren, also schon zu Zeiten der „alten“ Großen Koalition und dann erst recht zu Zeiten von Blau-Schwarz-Orange und auch jetzt unter Rot-Schwarz „neu“ wurden und werden die Krankenkassen, ja das gesamte System der Sozialversicherung ausgehöhlt. Die Kassen mussten Zahlungen für die Unternehmer übernehmen, während diese die von den Arbeitern und Angestellten einbehaltenen Kassenbeiträge schuldig blieben und oft bewusst (besonders in der Baubranche) in Konkurs gingen. Der Gesamtstand dieser Außenstände machte zuletzt fast 1 Milliarde Euro aus!



Allein wenn man dies bedenkt, gäbe es weit und breit kein Kassendefizit. Weiters erhielten die Kassen weniger Einzahlungen von der steigenden Zahl der Arbeitslosen, erhalten von der steigenden Zahl der „Geringfügigen“, der freien Dienstverhältnisse und der neuen Selbständigen immer weniger Beiträge. Außerdem wurden von den Kassen per Gesetz Beiträge für die Spitalsfinanzierung abgezweigt. Während für die Versicherten Rezeptgebühren und sonstige

Selbstbehalte dauernd steigen, werden Arzthonorare oder Zahlungen an die Pharmaindustrie nicht angetastet, usw. usf. (siehe frühere Aussendungen). Das alles führte dazu, dass die Kassen, um „bilanzieren“ zu können, teure Kredite aufnehmen mussten, und jetzt als „Defizitmacher“ und die Privatversicherer und neue Selbstbehalte für die Bevölkerung als „Retter in der Not“ hingestellt werden. Aber auch die „roten“ Kassenobmänner reden schon von Pleite, anstatt auf die oben aufgezeigten Missstände hinzuweisen, klar zu sagen, wer die Nutznießer und wer die Opfer dieser „Gesundheitspolitik“ sind. Auch kein Wort darüber, dass bei einer Wertschöpfungsbesteuerung, die horrend wachsenden Gewinne der Firmen auf Kosten der Arbeitnehmer (durch Lohn- und Gehaltsdumping, Verlust des Arbeitsplatzes), zur Finanzierung bereitgestellt werden müssten. Bei den Kassen und ihrem „Defizit“ wird genau die gleiche Methode angewandt wie zuvor bei der Verstaatlichten Industrie, wie bei der Post oder bei der Bahn. Die von den Menschen dort erwirtschafteten Erlöse wurden abgesaugt, wegen der „Verluste“ mussten dann Kredite aufgenommen werden. Die „Verluste“ waren die Gewinne der Banken. Gleichzeitig bildete das die bequeme Voraussetzung für Politiker aller Couleurs und für die Wirtschaft nach noch mehr Privatisierung zu schreien. Für die Privatprofite wurden diese Bereiche von Staats wegen ausgehungert, um sie dann erst recht den Privaten voll und ganz in den Rachen werfen zu können. Mit dem Trommelfeuer der „roten Zahlen“ wird dann die Bevölkerung medial reif gemacht für Privatisierungen. Die Politik, egal welcher Farbe, und die Privatwirtschaft sitzen in einem Boot. Und die Gewerkschaften, statt dies aufzuzeigen und die Menschen zum Widerstand zu mobilisieren, verstecken sich lieber hinter dem „Sozialpartner Wirtschaft“.

(Quellen: Kurier, Presse, ORF)

„Reform“ der Arbeitslosenversicherung

Unter dem Vorwand, dass jetzt auch so genannte „atypische“ Arbeitsverhältnisse (Freie Dienstnehmer ab 2008, neue Selbständige ab 2009) eine Arbeitslose erhalten werden, wird die Arbeitslosenversicherung (ALV) für alle Beschäftigten drastisch verschlechtert. Die gravierendsten Verschlechterungen: Senkung der Jugendanwartschaft vom 25. auf das 21.

Lebensjahr. Dadurch müssen Jugendliche ab 21 Jahren künftig doppelt so viele Beschäftigungsmonate für einen Arbeitslosenanspruch vorweisen. Verschlechterung der zumutbaren Wegzeit zur Arbeit. Schleichende Privatisierung der Arbeitsvermittlung und Sanktionen für Arbeitslose, die Stellenzuweisungen von privaten Vermittlern

ablehnen. Erhöhung der Arbeitslosengeldsperre von 2 auf 4 Wochen. Zudem wird der Datenschutz de facto aufgehoben, finden sich in den Anmeldebögen zur Arbeitslosigkeit etwa die Fragen: haben Sie an Streiks teilgenommen usw. Und die Daten werden an die Firmen weiter gegeben. Abgeschafft soll auch die Begründungspflicht für Schulungsmaßnahmen werden. Weiters darf, wer arbeitslos ist, nicht auf Urlaub gehen, muss jederzeit abrufbar sein. Arbeitslose sollen auch an so genannte „Sozialökonomische Betriebe“ (SÖB) oder „Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte“ (GBP) vermittelt werden dürfen. Dadurch aber werden die Folgeleistungen des AMS drastisch gekürzt. Die Liste ließe sich leider noch fortsetzen. Statt die Wirtschaft zur Kasse zu bitten und in die Mangel zu nehmen, werden mit der ALV- Novelle die Arbeiter und Angestellten noch mehr der Politik der Profitmaximierung der Firmen ausgeliefert. Private Vermittler sind schon jetzt mit Beschäftigung Suchende Firmen verbandelt. „Frische und willige“ Arbeitslose werden vermittelt, die Firmen kündigen dafür „teurere“ und ältere Arbeitnehmer. Das erhöht die Vermittlungsquote

für die privaten Vermittler, senkt die Gehaltskosten der Firmen und steigert deren jetzt schon überbordenden Gewinne, die neu arbeitslos Gewordenen werden dann noch billiger weiter vermittelt usw. In von allen Arbeitnehmern via Arbeitslosenversicherung und Steuergeld durchgeführten Schulungen werden Arbeitslose auf Allgemeinkosten für die Firmen hergerichtet. Die Unternehmer zahlen keinen Cent in die Aus- und Weiterbildung. Eine Spirale nach unten bei der die Unternehmer die Gewinner, die Arbeitnehmer die Verlierer sind. Soviel zum Slogan: „Österreich wird sozialer“. Das erinnert an die letzten „Reformen“ wie „Abfertigung neu“, „Pensionsreform“, oder „neue Arbeitszeitregelung“ (Flexsecurity), die allesamt als großer Wurf hingestellt wurden, aber für alle Arbeitnehmer erhebliche Kürzungen, sprich Verschlechterungen brachten. „Neu“ ist nur, dass trotz Wahlversprechen der SPÖ, trotz Protesten von ÖGB seinerzeit, das jetzt alles mit deren Zustimmung und aktivem Zutun über die Bühne geht. (Quellen: Parlamentskorrespondenz, GPA, AK, div. Zeitungen)

Schulreform: Ein fauler Kompromiss

Unsere Regierung hat sich wieder zu einem Kompromiss durchgerungen.

Es wird die Gemeinsame Schule der 10-14-Jährigen geben - aber:

- Nur an 40 von 1400 Schulen in ganz Österreich wird dieser Schulversuch ab September 2008 durchgeführt.
- Die Finanzierung ist bis Ende 2008 aus dem herkömmlichen Bildungsbudget abgesichert – also 4 Monate. Was dann kommt, muss erst ausgehandelt werden.
- Die neue Schulform wird als zusätzliches Angebot neben den Gymnasien und den Hauptschulen bestehen.
- Die Einführung einer Neuen Mittelschule kann nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der betroffenen Eltern und Lehrer eingeführt werden.

Diese Einigung ist ein neuerlicher Kniefall der SPÖ vor ihrem Regierungspartner und trägt den Anforderungen einer längst notwendigen Schulreform nicht Rechnung. Alle internationalen Studien belegen, dass die Neue Mittelschule, eine Gesamtschule, unserem jetzigen Modell der frühzeitigen Selektion weit überlegen ist. (Österreichische Kinder müssen mit 9,5 Jahren eine der wichtigsten Weichen in ihrem Leben stellen!!!!) Wobei völlig außer Acht gelassen

wird, dass wir in Österreich in vielen Gebieten die Gesamtschule de facto bereits haben: Die Volksschulen sind eine gemeinsame Schule der 6-10-Jährigen; in städtischen Ballungszentren (Wien, Graz, Linz) sind die Gymnasien dazu geworden, in ländlichen Gebieten sind die Hauptschulen oft die Gesamtschulen geblieben, ihr Niveau braucht den Vergleich mit den Gymnasien in den Großstädten nicht zu scheuen. Das soll aber nicht den Eindruck erwecken, dass alles in Ordnung ist. Denn Gesamtschule bedeutet nicht bloß, dass alle Kinder in dieselbe Schule gehen, sondern sie beinhaltet eine völlig andere Unterrichts- und Lernkultur. Gerade darin liegt die Hoffnung, dass unsere Kinder befähigt werden, mit den Anforderungen einer sich ständig im Wandel befindlichen Welt zu Recht zu kommen.

Aber gerade die ÖVP und allen voran die AHS-Lehrer-Gewerkschaft meinen, dass wir gemeinsam mit Deutschland die letzte Bastion der frühen Selektion verteidigen müssen.

Also machen wir es wie manche Bundesländer in Deutschland und führen neben den beiden alten Schultypen noch einen dritten ein, ungeachtet dessen, dass dieses Modell in unserem Nachbarland gescheitert ist. Dann lässt sich 2015 (Ende der Schulversuchsphase) sagen, dass das alte System doch besser ist.

Aber wir üben uns ja plötzlich in Demokratie und die Eltern dürfen mitreden, was in ihrem Land passiert. (Zur EU-Verfassung und zum EU-Vertrag wurden und werden sie nicht gefragt.) Abgesehen davon, dass diese Vorgangsweise laut Verfassungs-Experten Heinz Mayer verfassungswidrig sein könnte, wird die Öffentlichkeit nur mit Schlagworten versorgt, unter denen sich niemand etwas vorstellen kann: „individuelle Förderung“, „Projektunterricht“, „Auflösung der Stundentafel“. Wie soll man da zustimmen, wenn dann auch noch polemische Formulierungen wie „Einheitsbrei“ dazu kommen. Die Basis jeder demokratischen Entscheidung ist Information. Ohne sie ist diese „Mitbestimmung“ ein scheindemokratisches Manöver. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Eltern das Bekannte dem Fremden vorziehen und damit ein elitenbildendes Schulsystem festschreiben. Es ginge darum, den Eltern zu vermitteln, dass nicht nur die „schwachen“ Kinder sondern alle von diesem neuen System profitieren könnten. Dazu gehört eine gute Vorbereitung und Geld. Wenn aber darüber nicht geredet wird und die finanziellen Mittel für gerade 4 Monate sicher

gestellt sind, wer soll dann an einen Erfolg glauben.

Und wieder drängt sich ein Vergleich mit EU-Politik der österreichischen Bundesregierung auf: Dass die Umstellung auf den Euro viel Geld kosten wird, war klar (Allein die Kreditinstitute mussten 600 Mill,€ dafür bereit stellen) und kein Problem. Das Geld war da.

Mit genau dieser Selbstverständlichkeit müsste das Geld auch für unsere Jugend vorhanden sein. Ist es aber offensichtlich nicht!

Damit zementieren unsere Bildungspolitiker ein System der Chancenungleichheit. Bildung und gute Ausbildung darf kein Privileg der Reichen sein. Unser jetziges Schulsystem macht es dazu. Wir alle müssen daran interessiert sein, dass möglichst viele Menschen gut ausgebildet sind, ihre Talente erkannt werden und sie diese auch einsetzen können. Das sichert die ökonomische Basis eines Staates, fördert die persönliche Zufriedenheit der Menschen und führt unsere Jugend aus der Perspektivlosigkeit, in die sie derzeit immer mehr hinein schlittert.

Das kann unser derzeitiges Schulsystem nicht leisten.

1984 – Orwell schau owa!

Abhören, ausspionieren, umformen nach dem Willen der Diktatoren ist ein bekanntes Sujet vieler Romane. Orwell karikierte mit „1984“ die Sowjetunion, jetzt findet das Ganze mit aller Selbstverständlichkeit in unserer „Freiheit“ statt. Die von Orwell, aber auch von vielen anderen Autoren behandelten Probleme sind keine Erfindungen, sondern eine Beschreibung von Wirklichkeiten, die immer zum alltäglichen Handwerk von Machthabern gehören. Menschen, die den Herrschenden nicht nach dem Mund leben und schreiben sind von vorneherein verdächtig, des Umsturzes und sonstiger „schwarzer“ Dinge fähig, die die Macht der Mächtigen zum Wanken bringen und ihre Pläne vereiteln könnten. Der Vorwand, das Mittel der Überwachung auch von Computern sei zur Ergreifung von Kriminellen und Terroristen notwendig, dient auch dazu um die gläserne Gesellschaft weiter auszubauen und den Herrschenden Mittel gegen angeblich unbotmäßige Bürger in die Hand zu geben. Wir sollen ganz durchsichtig sein bis in die innersten Regungen unseres Herzens, damit jede Kritik oder gar Zusammenschluss zur Beseitigung von Bevormundung und Ungerechtigkeiten schon im Keim erstickt werden kann. Der Eindruck, dass die Herrschenden auch unseres Landes jenseits der realen Wirklichkeit der Masse der Menschen wie hinter einem Betondeckel leben – eine

abgehobene egoistische und privilegierte Gesellschaft ohne Rückkoppelung in die Verantwortung für ein Gesamtganzen - wird durch die Überwachungsbestrebungen weiter verstärkt. Es erscheint dieser abgehobenen, weltfremden Oberschicht nur natürlich, sich gegen die Ablehnung ihrer Politik durch die Menschen zu wappnen. Einer Politik, die von oben herab betrieben wird. Das Denken und Handeln der „Oberen“ hat sich verselbständigt und hat wenig mit unserem einfachen normalen Leben zu tun. Es ist eine Politik für die „Großkopferten“ und Reichen. Deren Status wird mit der derzeitigen Politik erhalten, bzw. weiter ausgebaut. Die Politik einer kleinen Minderheit, die ihre „Schäfchen im Trockenen“ hat, wird gegen die Interessen der großen Mehrheit geschützt. Mit allen Mitteln. Wer den Apparat in Händen hat, kann eine Politik für sich und seine Interessen machen. Alles, was sich gegen diese Politik der Großmachtinteressen wendet, ist verdächtig. Es geht also nicht hauptsächlich um die Überwachung von „Kriminellen“ sondern um die Überwachung aller Regungen, die sich gegen eine entfesselte, entfremdete Politik der Mächtigen und Reichen in unserem Land wendet. In den Augen der Regierung hat das Volk hat das Vertrauen verspielt. Diese in den Augen der Herrschenden defekte, desolate, schwache Bevölkerung muß bevormundet, belehrt, gedrillt werden, damit sie

„fortschreiten“ kann, damit sie akzeptiert, was ihr vorgekauft wird. Dazu sind viele Mittel recht. Unsere Freiheit und Selbstbestimmung ist dabei Nebensache. Es erscheint den Herrschenden als „normal“, dass der einfache Bürger eine Gefahr für ihr System, ihren Reichtum darstellt und daher finden sie es unter dem Vorwand der Sicherheit des Staates als rechtmäßig, dass wir überwacht werden. Die Überwachung löst aber nicht die Probleme der einfachen Menschen. Programme für Deklassierte, Arbeitslose, Jugendliche, die ein bewusstes selbstbestimmtes Leben ermöglichen, sind notwendiger, als Überwachungsmechanismen.

Nur ein Beispiel für diese Haltung der Herrschenden, die uns für dumm verkaufen wollen: Wenn sie in den neuen EU-Verfassungsvertrag einfach 95% der alten Verfassung wieder hineingeschrieben haben, ohne uns zu befragen, wenn in diesem Zuge militärische Aufrüstung betrieben wird, wenn unsere Neutralität gegen unseren Willen immer weiter ausgehöhlt wird, dann sind unsere Herrschenden schon sehr weit weg von dem, was wir wollen und was für uns gut ist. Sie brauchen Instrumente, um uns bei der Stange zu halten, ihre Pläne durchführen zu können und uns die Möglichkeit zu nehmen, unsere Lebensgestaltung unabhängig von ihren Interessen zu betreiben. Dabei macht es ihnen nichts aus sich in eine Reihe mit Diktatoren zu stellen. „Ich habe manchmal den Eindruck, wir werden ähnlich stark überwacht wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi.“ (Verfassungsgerichtshof-präsident Korinek in der Presse vom 20./21.10.07) Die

Herrschenden wissen, was sie tun. Sie müssen ihr Treiben vor dem Volk schützen und hinter einem „Betondeckel“ verstecken. Leute, die sich auskennen, sagen, dass die geplanten Überwachungsmaßnahmen, gleich welcher Art, gegen Kriminelle nutzlos sind, weil die sich dagegen ohne Probleme schützen können. Die zwiespältige Haltung der einfachen Bürger, „ich habe mir nichts zuschulden kommen lassen, ich habe ja nichts zu verbergen, wenns die Verbrecher erwischen, solls mir nur recht sein“, ermöglicht den Herrschenden, ihre Methoden durchzuziehen. Dabei wird übersehen, dass wir im Überwachungsstaat alle schutzlos dem Aufdecken unseres Lebens ausgesetzt sind. Keiner kann garantieren, dass er nicht auch einmal verdächtigt und von der Polizei kontrolliert wird, auch wenn er noch so unschuldig ist. Kontrolliert von einer Polizei bzw. Beamten, die unter Umständen, wie zuletzt, selber mit dem Gesetz im Konflikt sind. Ein solcher Apparat soll Einblick in unsere innersten Geheimnisse bekommen?

Die Wanze unter dem Stammtisch im Wirtshaus, weil dort die Weltprobleme diskutiert werden - eine ironische Variante des Überwachungsstaates? Wahrscheinlich nicht, denn was den Herrschenden noch alles einfallen wird, um ihre Macht zu behalten, wissen wir nicht und können wir uns mit der größten Fantasie nicht ausmalen. Derartige Dinge sind aber nicht nur literarische Ideen, sondern politische Realität. Wir lehnen daher den Überwachungsstaat mit allem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken herzlich für die Zuschriften und Spenden. Mit dem EU-Vertrag soll die Neutralität weiter ausgehöhlt und letztlich abgeschafft und die Militarisierung der EU noch schneller als bisher vorangetrieben werden. Weil die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist, will man das Volk lieber erst gar nicht entscheiden lassen. Daher ist es jetzt besonders wichtig, darüber aufzuklären und dagegen aufzutreten. Dazu sind wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Wir wünschen allen unseren LeserInnen und AktivistInnen trotz alledem ruhige Feiertage, alles Gute und viel Widerstandskraft für 2008.

Mit kollegialen Grüßen

„GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Zustellung per Post wird wieder teurer

Damit die Post noch mehr Gewinne schreiben kann, baut sie weiter Personal ab, erhöht den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, schließt Postämter und erhöht die Gebühren für die Kleinen – so auch für den Postzeitungsversand von Vereinen usw. Ab 1. Jänner 2008 verteuert sich die Versendung unserer Aussendungen. Zusätzlich werden die Rücksendungen, je Stück, das als unzustellbar gilt, kostenpflichtig, müssen wir also doppelt bezahlen.

Daher unsere Bitte: Teilen Sie uns rechtzeitig Adressänderungen, Änderungen von Straßennamen, Hausnummern, Postleitzahlen mit, oder wenn am Adresskleber ein Fehler vorhanden ist, oder Sie unsere Zusendungen nicht mehr erhalten wollen. Bitte die Adresse genau angeben. Wird nicht genau Straßenummer, Stiege, Tür, Stock angegeben, stellt die Post nicht mehr zu. Also bitte den Adresskleber kontrollieren und und Korrekturen per Post, E-Mail, am Einzahlungsschein oder per Telefon (0650 830 7 830) bekannt geben.

Wer daran interessiert ist, auch zwischen den Aussendungen Infos zu erhalten, gibt uns bitte auch seine/ihre E-Mail-Adresse bekannt unter: ggae@gmx.at

Mit kollegialen Grüßen – „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. Tel.: 0650 830 7 830; E-Mail: ggae@gmx.at